

Gemeinde Bergkirchen

Landkreis Dachau



Niederschrift über die öffentliche und teilweise nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates Nr. 2021/GR/001

am 19.01.2021 in der Mensa der Grund- und Mittelschule Bergkirchen, Schulweg 1

Öffentlicher Teil

Die Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen.

Anwesend waren:

Axtner, Robert Erster Bürgermeister
Burmair, Martin
Doll, Cornelia
Fritz, Bernhard
Glas, Vitalis
Göttler, Roswitha
Göttler, Ruth
Groß, Johann
Haas, Stefan
Heitmeier, Franz
Heitmeier, Thomas Josef
Hörmann, Johann
Hundt zu Lautterbach, Georg Graf von, Dr.
Landry, Wilfred, Dr.
Liedl, Franz
Oßwald, Erich
Pfeil jun., Josef
Schallermayer, Johann
Schuster, Markus
Wagner, Dagmar

anwesend ab TOP 3

Nichtanwesend waren:

Märkl jun., Josef

entschuldigt, krank

Fortsetzungsblatt zur Niederschrift

öffentliche und teilweise nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates, Öffentlicher
Teil
am 19.01.2021

Seite: 2

Weitere Anwesende:

4 Zuhörer

Frau Koch und Herr Ehling von den Dachauer Nachrichten

Frau Ramsteiner, Bauamtsleiterin

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung gibt es keine Einwände.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben und wurde festgestellt.

Vorsitzender: Robert Axtner

Schriftführer: Siegfried Ketterl

Beginn: 18:30 Uhr

Der 1. Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und sprach den Mitgliedern des Gemeinderates sowie allen Bürger*innen ein gesundes, glückliches, erfolgreiches aber zufriedenes Neues Jahr 2021 gerade in der jetzigen Zeit der Corona-Pandemie aus.

Zu Beginn dieser Gemeinderatssitzung gedenken wir an Herrn Josef Isemann, der am 13. Januar 2021 verstarb.

Ich bitte Sie sich zu erheben.

Josef Isemann war Gemeinderat in der Gemeinde Oberbachern von 1972 bis 1978 sowie Gemeinderat in der neugebildeten Gemeinde Bergkirchen von 1978 bis 1999, 30 Jahre Verbandsrat des Wasserzweckverbandes Oberbachern. Ihm wurde im Jahr 2017 durch Altbürgermeister Simon Landmann die Goldene Bürgermedaille der Gemeinde Bergkirchen für seine Verdienste verliehen. Denn er war nicht nur Politiker, sondern war sehr engagiert im Dorfleben – er war der Bauleiter und bei der Planung maßgeblich beteiligt beim Bau des Schützenheims von Veronika Oberbachern. Gleichzeitig war er „Hausmeister und Mann für alles“ für dieses Haus. Auch beim Bau des Schützenheims und Feuerwehrhauses in Unterbachern half er fleißig mit. Seine ehrenamtlichen Stunden für die Gemeinde Bergkirchen und seine Mitbürger sind unzählbar.

Mit Herrn Isemann verlieren wir einen äußerst geschätzten Menschen, der sich durch ein hohes Maß von Pflichtauffassung, Fleiß und Hilfsbereitschaft bei den Bürgern der Gemeinde Bergkirchen Achtung erworben hat.

Lieber Josef Isemann, wir werden dir stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich bitte um eine Gedenkminute.



TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil) vom 15. Dezember 2020
2. Bekanntgabe der nichtöffentlichen Punkte aus der letzten Sitzung, soweit die Geheimhaltung entfiel
3. Neuerlass der Satzung über die Bemessung von Abstandsflächen in der Gemeinde Bergkirchen (Abstandsflächensatzung)
4. Flächennutzungsplanänderung Nr. 6za1, Bereich Handwerkerhof Neuhimmelreich, Aufstellungs- Billigungs- und Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB
5. Vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1, Aufstellungs- Billigungs- und Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB
6. Behandlung der Wünsche, Anregungen und Anträge aus der Bürgerversammlung 2020
7. Corona-Virus - Elterngebühren Kindertagesstätten
8. Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2021
9. Informationen des Ersten Bürgermeisters und Anfragen der Mitglieder des Gemeinderates
- 9.1. Fernwärme - EWG Kommunalunternehmen

Sitzungsgegenstände:

Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung (nicht-öffentlicher Teil) vom 15. Dezember 2020

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Inhalt der Sitzungsniederschrift vom 15. Dezember 2020 (öffentlicher Teil) und genehmigt diese vollinhaltlich.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	19
Ja:	19
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

2. Bekanntgabe der nichtöffentlichen Punkte aus der letzten Sitzung, soweit die Geheimhaltung entfiel

Sachverhalt:

Aus der Sitzung des Gemeinderates vom 15. Dezember 2020 werden folgende Punkte veröffentlicht:

2.1. Auftragserteilungen

2.1.1. Straßenunterhaltarbeiten - Jahresvergabe

Der Gemeinderat beschloss, den Auftrag für die wiederkehrenden Straßenunterhaltsarbeiten für die Jahre 2021/2022 an die Firma Franz Schelle GmbH & Co. KG, Pfaffenhofen a.d. Ilm mit einem Abschlag von 34,50 % auf den Leistungskatalog der Landeshauptstadt München zu vergeben.

2.1.2. Erweiterung Kinderhaus an der Maisach - Genehmigung der berechtigten Kostenberechnung nach Bau- bzw. Planungsstopp

Der Gemeinderat beschloss,

1. Der Grundsatzbeschluss vom 13. März 2018 für die Erweiterung des Kinderhauses an der Maisach in Günding wird aufrechterhalten.
2. Der Kostenberechnung mit Erhöhung mit Gesamtkosten in Höhe von 1.507.427 EUR wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Zuwendungen zu beantragen und die weiteren möglichen Verfahrensschritte einzuleiten.

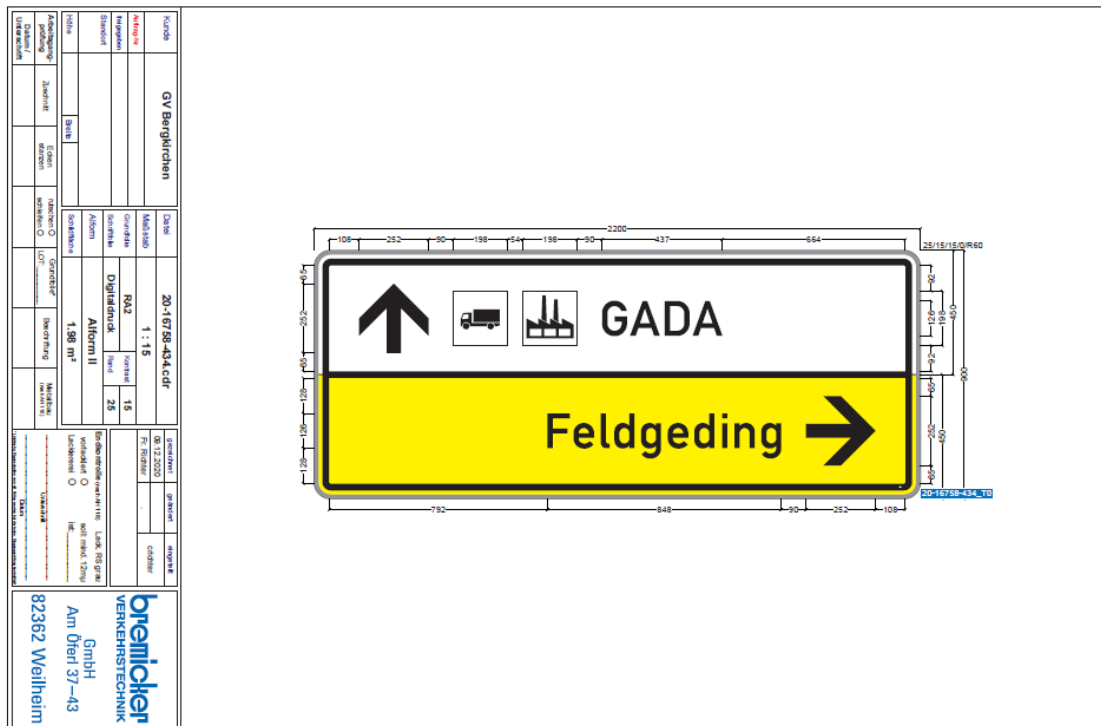
2.3. Feldgeding - Beschilderung St2339

öffentliche und teilweise nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates, Öffentlicher Teil
am 19.01.2021

Seite: 6

Zu der bereits vorhandenen Vorwegbeschilderung an der St 2339 ist nach Zustimmung durch die PI Dachau mit der Straßenverkehrsbehörde folgende Beschilderung möglich. Die Kosten hierfür übernimmt die Gemeinde Bergkirchen:

Größe 220 cm x 90 cm



3. Neuerlass der Satzung über die Bemessung von Abstandsflächen in der Gemeinde Bergkirchen (Abstandsflächensatzung)

Sachverhalt:

Mit dem Gesetz zur Vereinfachung baurechtlicher Regelungen und zur Beschleunigung sowie Förderung des Wohnungsbaus (Bekanntmachung vom 23.12.2020) wurden u.a. die Abstandsflächen in Art. 6 der Bayerischen Bauordnung neu geregelt. Die Tiefe der Abstandsfläche beträgt nach der Neufassung 0,4 H (statt bisher 1,0 H). Dafür werden bei der Berechnung der relevanten Gebäudehöhe Dach- und Giebelflächen nun mit bzw. höher angesetzt. In Bezug auf die Tiefe der Abstandsflächen (nicht die neue Höhenberechnung) hat der Gesetzgeber den Gemeinden nach Art. 81 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. a der Bayerischen Bauordnung (BayBO) die Möglichkeit eingeräumt, durch eine gemeindliche Satzung ein abweichendes Maß dieser Tiefe zu regeln, wenn dies die Erhaltung des Ortsbildes im Gemeindegebiet oder in Teilen des Gemeindegebiets bezweckt oder der Verbesserung und Erhaltung der Wohnqualität dient. Die Neuregelung tritt zum 01.02.2021 in Kraft, die Satzungsermächtigung bereits zum 15.01.2021.

Mit der Novelle soll durch die Neuregelung der Abstandsflächen eine Nachverdichtung von Baugrundstücken und dadurch ein dichteres und damit flächensparendes Bauen ermöglicht werden. Dieses Ziel stößt sicherlich auf einen breiten Konsens, wenngleich aber die Aspekte des Abstandsflächenrechts wie Belichtung, Belüftung, Besonnung und Sozialabstand gewahrt werden müssen.

Im Wesentlichen können die Kommunen im Abstandflächenrecht durch die Veränderung von 0,4 auf bis zu 1,0 einen Einfluss auf die Gebäudeabstände (mit entsprechender Begründung) nehmen. Durch die Änderung des Abstandsflächenrechts in der BayBO kommen in der Regel wesentlich kleinere Abstände zwischen den Gebäuden und Grundstücksgrenzen zu liegen, wobei die sonstigen, beim Bauen im Innenbereich nach § 34 BauGB zu berücksichtigenden Voraussetzungen (Kubatur, Geschossigkeit, faktische Baulinien, usw.) unberührt bleiben. Vereinzelt können aber auch größere Abstände erforderlich sein, bei Übernahme der bisherigen Tiefen für die Abstandsflächen auch im bzw. für den Altbestand.

Der hohe Siedlungsdruck im Gemeindegebiet in der Metropolregion München und die immer weiter steigenden Grundstückspreise werden daher dazu führen, dass die Mindestmaße der gesetzlich festgelegten Abstandsflächen weitestgehend ausgenutzt werden. Damit wird sich die Wohnqualität im Gemeindegebiet nachteilig ändern. Eine deutliche Nachverdichtung wird nach Auffassung der Gemeinde auch nachteilige Auswirkungen auf den Wohnfrieden haben. Die Wohnqualität ist im Gemeindegebiet in vielen Bereichen durch größere Abstände zwischen den Gebäuden geprägt. Gerade im Gemeindegebiet werden Wohnformen angeboten, die im städtischen bzw. baulich verdichteten Raum nicht bzw. nur noch selten anzutreffen sind. Das Wohnen ist geprägt durch Abstand zum Nachbarn. Freibereiche um die Gebäude stellen insoweit einen wesentlichen Bestandteil der Wohnqualität dar, insbesondere auch für Kinder. Die Gemeinde würde mit dieser Satzung die Wohnqualität, die durch größeren Abstand zwischen den Gebäuden geprägt ist, erhalten und ggf. im Rahmen der Neubebauung von Grundstücken verbessern. Dies würde auch zu einer Verbesserung von Belichtung, Belüftung und Besonnung der Baugrundstücke sowie ggf. auch zu einer Verbesserung des Brandschutzes führen. Durch die Baurechtsnovelle kann es durch die Nachverdichtung zu einer gewaltigen Veränderung unserer Ortsteile durch dichteres Bauen führen.

Der Gesetzgeber hat mit der Neuregelung der Abstandsflächen in Art. 6 Abs. 5 BayBO die Untergrenze des zulässigen Gebäudeabstands festgelegt. Die Gemeinde Bergkirchen könnte für ihr Gemeindegebiet höhere Standards, als vom Gesetzgeber vorgesehen, festlegen. Ohne

Zweifel wird jedoch durch Reduzierung der Abstandsflächen die Wohnqualität in unserem ländlich geprägtem Raum wohl nicht gesteigert werden können.

Es ist davon auszugehen, dass in relativ kurzer Zeit Rechtsprechung zu entsprechenden Abstandsflächenansatzungen vorliegen wird, daraus kann sich für die Zukunft durch gemeindliche Satzung auch für die Satzung der Gemeinde Bergkirchen noch Anpassungsbedarf ergeben, insbesondere auch mit Blick auf eine, den jeweiligen Bedingungen in den einzelnen Ortsteilen angepasste Differenzierung. Ein Abwarten dieser Rechtsprechung ist jedoch nicht zu empfehlen. Nach Ansicht von Fachleuten soll vermieden werden, dass der mögliche Planungs- und Gestaltungswille durch gemeindliche Satzung erst nach Inkrafttreten der Baurechtsnovelle mit den „neuen“ Abstandsflächen (am 01.02.2021) geregelt wird.

Daher sollte das vom Gesetzgeber vorgesehene Zeitfenster vom 15. – 31.01.2021 für den Satzungserlass genutzt werden.

Aus diesem Grund soll dem Gemeinderat die Tragweite seiner Entscheidung nach Abwägung aller Argumente (dichteres Bauen mit Einschränkung der Abstände zu den Nachbarn und damit ggf. Störung des Wohnfriedens einerseits, aber auch gewolltes Flächensparen zur Schonung unserer Umwelt) verdeutlicht werden.

Die genaue abwägende Auseinandersetzung der gesetzgeberischen Intention mit den gemeindlichen Zielen des Erhalts der Wohnqualität kann der Begründung des Satzungsentwurfs entnommen werden.

Zusammenfassung der wesentlichen Änderungen des Abstandsflächenrechts:

Leseabschrift Art. 6 BayBO

Art. 6 Abstandsflächen, Abstände

- (1) Vor den Außenwänden von Gebäuden sind Abstandsflächen von oberirdischen Gebäuden freizuhalten. ²Satz 1 gilt entsprechend für andere Anlagen, von denen Wirkungen wie von Gebäuden ausgehen.
- (2) Abstandsflächen sowie Abstände nach Art. 28 Abs. 2 Nr. 1 und Art. 30 Abs. 2 müssen auf dem Grundstück selbst liegen. Sie dürfen auch auf öffentlichem Verkehr, Grün- und Wasserflächen liegen, jedoch nur bis zu deren Mitte. Abstandsflächen sowie Abstände (im Sinn des Satzes 1) dürfen sich ganz oder teilweise auf andere Grundstücke erstrecken, wenn rechtlich oder tatsächlich gesichert ist, dass sie nicht überbaut werden, oder wenn der Nachbar gegenüber der Bauaufsichtsbehörde schriftlich, **aber nicht in elektronischer Form**, zustimmt, die Zustimmung des Nachbarn gilt auch für und gegen seinen Rechtsnachfolger. Abstandsflächen dürfen auf die auf diesen Grundstücken erforderlichen Abstandsflächen nicht angerechnet werden.
- (3) Die Abstandsflächen dürfen sich nicht überdecken; das gilt nicht für
1. Außenwände, die in einem Winkel von mehr als 75 Grad zueinander stehen,
 2. Außenwände zu einem fremder Sicht entzogenen Gartenhof bei Wohngebäuden der Gebäudeklassen 1 und 2,
 3. Gebäude und andere bauliche Anlagen, die in den Abstandsflächen zulässig sind.
- (4) Die Tiefe der Abstandsfläche bemisst sich nach der Wandhöhe; sie wird senkrecht zur Wand gemessen. Wandhöhe ist das Maß von der Geländeoberfläche bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Dachhaut oder bis zum oberen Abschluss der Wand. Die Höhe von Dächern mit einer Neigung von bis einschließlich 70 Grad wird zu einem Drittel der Wandhöhe, von Dächern mit einer Neigung von mehr als 70 Grad voll der Wandhöhe hinzugerechnet. Die Höhe von Dächern mit einer Neigung von mehr als 45 Grad zu einem Drittel hinzugerechnet. Die Höhe der Giebelflächen im Bereich des Dachs ist bei einer Dachneigung von mehr als 70 Grad voll, im Übrigen nur zu einem Drittel anzunehmen. Die Sätze 1 bis 4 gelten für Dachaufbauten entsprechend. ³Das sich ergebende Maß ist H.
- (5) Die Tiefe der Abstandsflächen beträgt 0,4 H, in Gewerbe- und Industriegebieten 0,2 H, jeweils aber mindestens 3 m. ²Durch städtebauliche Satzung oder eine Satzung nach Art. 81 kann ein abweichendes Maß der Tiefe der Abstandsfläche zugelassen oder vorgeschrieben werden. Für solche Regelungen in Bebauungsplänen gilt § 33 BauGB entsprechend. Die Tiefe der Abstandsflächen beträgt 1 H, mindestens 3 m, in Kerngebieten und in festgesetzten urbanen Gebieten beträgt die Tiefe 0,5 H, in Gewerbe- und Industriegebieten 0,25 H, mindestens jeweils 3 m. ²Wenden von einer städtebaulichen Satzung oder einer Satzung nach Art. 81 Außenwände zugelassen oder vorgeschrieben, vor denen Abstandsflächen größerer oder geringerer Tiefe als nach den Sätzen 1 und 2 liegen müssten, finden die Sätze 1 und 2 keine Anwendung; es sei denn, die Satzung ordnet die Geltung dieser Vorschriften an, die ausreichende Beibehaltung und Befähigung dürfen nicht beeinträchtigt, die Flächen für notwendige Nebenbenutzungen nicht eingeschränkt werden. ³Satz 3 gilt entsprechend, wenn sich einheitlich abweichende Abstandsflächentiefen von der umgebenden Bebauung im Sinn des § 34 Abs. 1 Satz 1 BauGB ergeben.

BauGB ergeben:

(5a) ¹Abweichend von Abs. 5 Satz 1 beträgt die Abstandsfläche in Gemeinden mit mehr als 250 000 Einwohnern außerhalb von Gewerbe-, Kern- und Industriegebieten sowie festgesetzten urbanen Gebieten 1 H, mindestens jedoch 3 m. Vor bis zu zwei Außenwänden von nicht mehr als 16 m Länge genügen in diesen Fällen 0,5 H, mindestens jedoch 3 m, wenn das Gebäude an mindestens zwei Außenwänden Satz 1 beachtet. ²Abweichend von Abs. 4 Satz 3 wird die Höhe von Dächern mit einer Neigung von mehr als 45 Grad zu einem Drittel, mit einer Neigung von mehr als 70 Grad voll der Wandhöhe hinzugerechnet. ³Die Höhe der Giebelflächen im Bereich des Dachs wird abweichend von Satz 3 und von Abs. 4 Satz 3 bei einer Dachneigung von mehr als 70 Grad voll, im Übrigen zu einem Drittel angerechnet.

(6) ¹Vor zwei Außenwänden von nicht mehr als 16 m Länge genügt als Tiefe der Abstandsflächen die Hälfte der nach-

Abs. 5 erforderlichen Tiefe, mindestens jedoch 3 m; das gilt nicht in Gebieten nach Abs. 5 Satz 2. ²Wird ein Gebäude mit einer Außenwand an eine Grundstücksgrenze gebaut, gilt Satz 1 nur noch für eine Außenwand; wird ein Gebäude mit zwei Außenwänden an eine Grundstücksgrenze gebaut, so ist Satz 1 nicht anzuwenden; Grundstücksgrenzen zu öffentlichen Verkehrsflächen, öffentlichen Grünflächen und öffentlichen Wasserflächen bleiben hierbei unberücksichtigt. ³Einandergebaute Gebäude sind wie ein Gebäude zu behandeln.

(7) Die Gemeinde kann durch Satzung, die auch nach Art. 81 Abs. 2 erlassen werden kann, abweichend von Abs. 4 Sätze 2 und 4, Abs. 5 Sätze 1 und 2 sowie Abs. 6 für ihr Gemeindegebiet oder Teile ihres Gemeindegebiets vorsehen, dass

1. nur die Höhe von Dächern mit einer Neigung von weniger als 70 Grad zu einem Drittel, bei einer größeren Neigung die Wandhöhe voll hinzugerechnet wird und

2. die Tiefe der Abstandsfläche 0,4 H, mindestens 3 m, in Gewerbe- und Industriegebieten 0,2 H, mindestens 3 m, beträgt.

(8) Bei der Bemessung der Abstandsflächen bleiben außer Betracht

1. vor die Außenwand vortretende Bauteile wie Gesimse und Dachüberstände,

2. untergeordnete Vorbauten wie Balkone und eingeschossige Erker, wenn sie

- a) insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der Außenwand des jeweiligen Gebäudes, höchstens 5 m, in Anspruch nehmen,
- b) nicht mehr als 1,50 m vor diese Außenwand vortreten und

c) mindestens 2 m von der gegenüberliegenden Nachbargrenze entfernt bleiben,

3. bei Gebäuden an der Grundstücksgrenze die Seitenwände von Vorbauten und Dachaufbauten, auch wenn sie nicht an der Grundstücksgrenze errichtet werden, untergeordnete Dachgebäude, wenn

a) sie insgesamt nicht mehr als ein Drittel der Breite der Außenwand des jeweiligen Gebäudes, höchstens jeweils 5 m, in Anspruch nehmen und

b) ihre Ansichtslinie jeweils nicht mehr als 4 m beträgt und eine Höhe von nicht mehr als 2,5 m aufweist.

4. Maßnahmen zum Zwecke der Energiesparung an bestehenden Gebäuden, wenn sie

- a) eine Stärke von nicht mehr als 0,3 m aufweisen und
- b) mindestens 2,50 m von der Grundstücksgrenze zurückbleiben.

(9) In den Abstandsflächen eines Gebäudes sowie ohne eigene Abstandsflächen sind, auch wenn sie nicht an der Grundstücksgrenze errichtet die Grundstücksgrenze oder an das Gebäude angebaut werden, zulässig

1. Garagen einschließlich ihrer Nebenräume, überdachte Tiefgaragenzufahrten, Aufzüge zu Tiefgaragen und Gebäuden ohne Aufenthaltsräume und Feuerstätten mit einer mittleren Wandhöhe bis zu 3 m und einer Gesamtlänge je Grundstücksgrenze von 9 m, die Höhe von Dächern mit einer Neigung von mehr als 45 Grad wird zu einem Drittel, mit einer Neigung von mehr als 70 Grad voll der Wandhöhe hinzugerechnet, Garagen einschließlich deren Nebenräume, überdachte Tiefgaragenzufahrten, Aufzüge zu Tiefgaragen und Gebäude ohne Aufenthaltsräume und Feuerstätten mit einer mittleren Wandhöhe bis zu 3 m und einer Gesamtlänge je Grundstücksgrenze von 9 m, bei einer Länge der Grundstücksgrenze von mehr als 42 m

darüber hinaus freistehende Gebäude ohne Aufenthaltsräume und Feuerstätten mit einer mittleren Wandhöhe bis zu 3 m, nicht mehr als 50 m² Brutto-Rauminhalt und einer Gesamtlänge je Grundstücksgrenze von 5 m; abweichend von Abs. 4 bleibt bei einer Dachneigung bis zu 70 Grad die Höhe von Dächern und Giebelflächen unberücksichtigt.

2. gebäudeabhängige Solaranlagen mit einer Höhe bis zu 3 m und einer Gesamtlänge je Grundstücksgrenze von 9 m,

3. Stützmauern und geschlossene Einfriedungen in Gewerbe- und Industriegebieten, außerhalb dieser Baugebiete mit einer Höhe bis zu 2 m.

²Die Länge der Abstandsflächentiefe gegenüber den Grundstücksgrenzen nicht einhaltenden Bebauung nach den Nrn. 1 und 2 darf auf einem Grundstück insgesamt 15 m nicht überschreiten.

BayBO: Abstandsflächenrecht

Neuregelung der Abstandsflächen – Art. 6 insgesamt:

Anpassung des Abstandsflächenrechts an das **Modell der Musterbauordnung** – erhebliche Vereinfachungen gegenüber der bisherigen Rechtslage.

Kernpunkt:

grundsätzlich geändertes Maß der Tiefe der Abstandsfläche:

0,4 H / 0,2 H (GE / GI), mindestens 3 m

(anstelle bisher 1,0 H / 0,5 H (MK / MU) / 0,25 H (GE / GI), mindestens 3 m).

Giebelseite: künftig keine Anrechnung der Giebelfläche mehr auf die Wandhöhe, sondern **Berücksichtigung der Wand in ihrem Gesamtaufriß** für die Bemessung der Tiefe der Abstandsfläche.

Neuregelung der Abstandsflächen – Art. 6 Abs. 4 Satz 3

Veränderte Berechnung der **traufseitigen Wandhöhe**:

(bisher gestuftes System: Dächer $\leq 45^\circ$ außer Betracht, Höhe von Dächern $45^\circ < x \leq 70^\circ$ der Wandhöhe zu 1/3 und von Dächern $> 70^\circ$ der Wandhöhe voll zugerechnet).

Neu: **70°-Schwelle**:

- Höhe von Dächern $\leq 70^\circ$: der Wandhöhe zu 1/3 zugerechnet,
- Höhe von Dächern $> 70^\circ$: der Wandhöhe voll zugerechnet.

Neuregelung der Abstandsflächen – Art. 6 Abs. 4 Satz 4

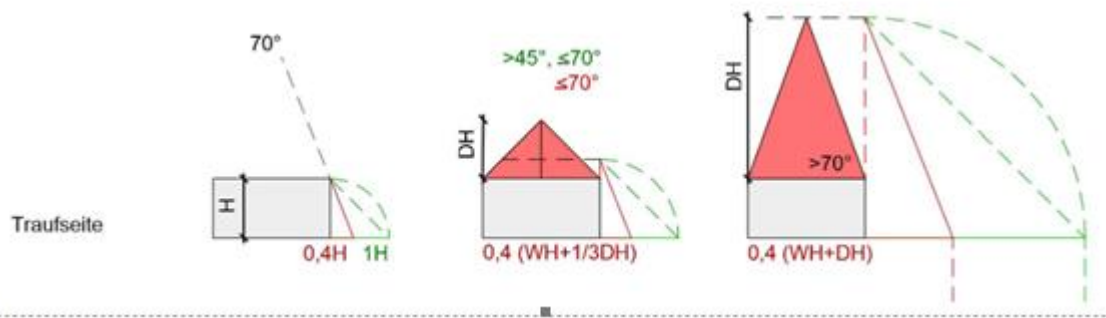
Giebelseite: künftig ist die gesamte Wand, einschließlich der Giebelfläche in ihrer tatsächlichen Abmessung in der Berechnung zu berücksichtigen;

Abstandsfläche ist nicht mehr zwingend rechteckig; Mittelungsberechnungen bei unterschiedlichen Dachformen entfallen.

Neuregelung der Abstandsflächen – Art. 6 Abs. 4 Satz 3

70°-Schwelle:

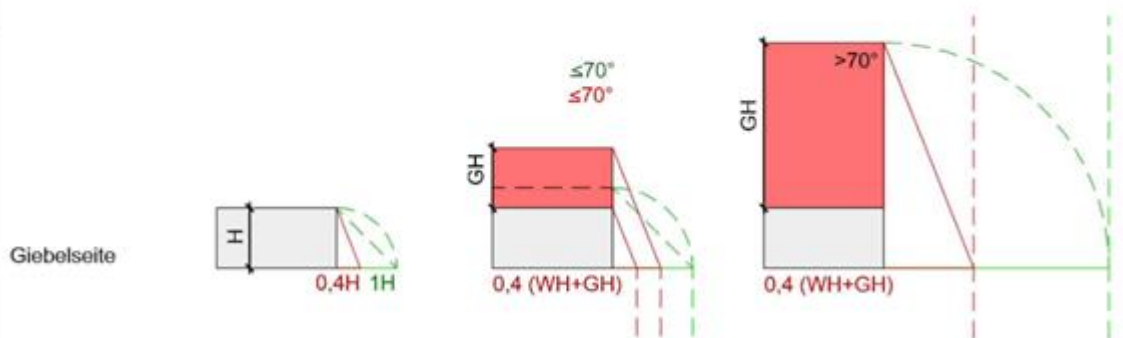
- Höhe von Dächern $\leq 70^\circ$: der Wandhöhe zu $1/3$ zugerechnet,
- Höhe von Dächern $> 70^\circ$: der Wandhöhe voll zugerechnet.

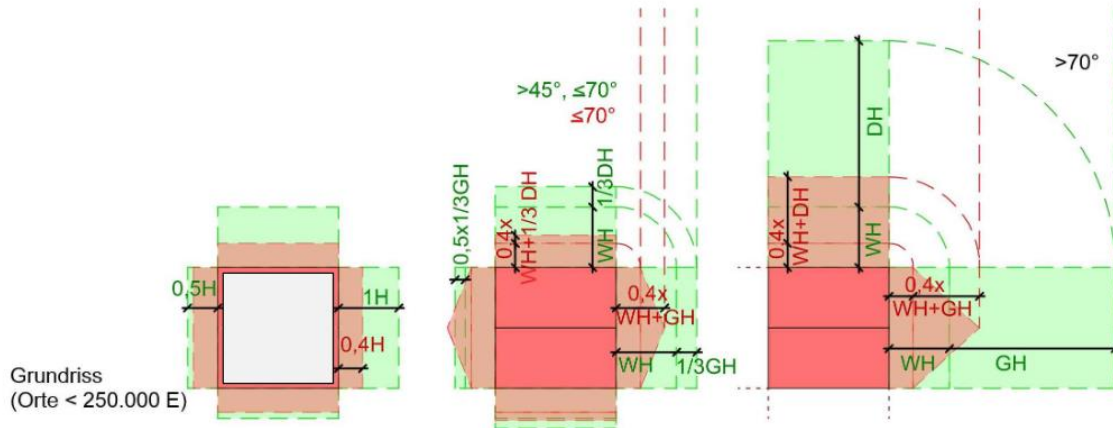


Neuregelung der Abstandsflächen – Art. 6 Abs. 4 Satz 4

Giebelseite: gesamte Wand, einschließlich der Giebelfläche
in ihrer tatsächlichen Abmessung zu berücksichtigen;

Abstandsfläche ist nicht mehr zwingend rechteckig;





„dichteres und damit auch flächensparendes Bauen“

„Das hier angeordnete Maß von 0,4 H stellt in ausreichendem Maße sicher, dass die Schutzzwecke des Abstandsflächenrechts – **Belichtung, Belüftung, Besonnung und Sozialabstand** – gewahrt werden.“
(Begründung zum Gesetzentwurf)

„Der neue festgelegte Mindeststandard steht auch **mit der DIN 5034 – Tageslicht in Innenräumen – in Einklang:** Durch die Festlegung der Regelabstandsflächentiefe von $0,4 H$ ergibt sich zwischen den Gebäuden ein Gesamtabstand, der der Summe der beiderseitigen Tiefen der Abstandsflächen entspricht. Er beträgt bei gleich hohen Gebäuden $0,8 H$, was einem Verbaugungswinkel von etwa 50° entspricht und eine lichte Raumhöhe von $2,40\text{ m}$ und eine dazugehörige Fensterhöhe von $1,35\text{ m}$ voraussetzt.“ (Begründung zum Gesetzentwurf)

„Die Frage, warum es einem dritten Nachbarn nicht auch zugemutet werden kann, eine verkürzte Abstandsfläche hinzunehmen, wurde (inkonsequent) nicht beantwortet.“ (Begründung zum Gesetzentwurf)

(Satzungsermächtigung in Art. 81 Abs. 1 Nr. 6 a n.F.):

Im Übrigen findet das Abstandsflächenrecht des Art. 6 aber Anwendung, das gilt insbesondere für die neuen **Berechnungs- und Anrechnungsregeln**.

Klarstellung: § 33 BauGB findet auch Anwendung auf abstandsflächenrechtliche und somit auf materiell bauordnungsrechtliche Regelungen, die in städtebaulichen Satzungen enthalten sind (Anwendung im Vorgriff auf einen planreifen Bebauungsplan, der abstandsflächenrechtliche Regelungen enthält, auch hinsichtlich der in ihm enthaltenen abstandsflächenrechtlichen Regelungen).

Nach eingehender Diskussion wird folgende Satzung mit Begründung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt:

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende Satzung mit Begründung:

**Satzung über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe
(Abstandsflächensatzung)
vom 20.01.2021**

Aufgrund des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24.07.2020 (GVBl. S. 350) und des Art. 81 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. a der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588, BayRS 2132-1-B), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23.12.2020 (GVBl. 2020, S. 663), erlässt die Gemeinde Bergkirchen folgende

**Satzung über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe
(Abstandsflächensatzung)
vom 20.01.2021**

**§ 1
Geltungsbereich**

Die Satzung gilt für das gesamte Gemeindegebiet.

**§ 2
Abstandsflächentiefe**

Abweichend von Art. 6 Abs. 5 Satz 1 BayBO beträgt die Abstandsfläche im Gemeindegebiet außerhalb von Gewerbe-, Kern- und Industriegebieten sowie festgesetzten urbanen Gebieten 0,8 H, mindestens jedoch 3 m. Vor bis zu zwei Außenwänden von nicht mehr als 16 m Länge genügen in diesen Fällen 0,4 H, mindestens jedoch 3 m, wenn das Gebäude an mindestens zwei Außenwänden Satz 1 beachtet.

**§ 3
Bebauungspläne**

- (1) Abweichende, in Bebauungsplänen festgesetzte Abstandsflächen bleiben unberührt.
- (2) Ordnen Bebauungspläne, die vor dem 01.02.2021 in Kraft traten, gemäß Art. 6 Abs. 5 Satz 3 BayBO die Geltung der jeweils geltenden Abstandsflächenvorschriften an, gilt auch für diese § 2 dieser Satzung.

**§ 4
Abweichungen**

Von den Anforderungen dieser Satzung können Abweichungen nach Art. 63 BayBO zugelassen werden.

§ 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem 01. Februar 2021 in Kraft.

Anlage zur Satzung der Gemeinde Bergkirchen über abweichende Maße der Abstandsflächentiefe vom 20.01.2021

Begründung

Art. 81 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. a der Bayerischen Bauordnung (BayBO) eröffnet den Gemeinden die Möglichkeit, das Abstandsflächenrecht abweichend von der gesetzlichen Regelung zu gestalten, wenn dies die Erhaltung des Ortsbildes im Gemeindegebiet oder in Teilen des Gemeindegebiets bezweckt oder der Verbesserung und Erhaltung der Wohnqualität dient.

Nach der Rechtsprechung beschränkt sich die Regelungskompetenz des Bauordnungsrechts bei der abweichenden Bestimmung von Abstandsflächen auf im weiteren Sinne sicherheitsrechtliche Zielsetzungen. Abstandsflächen können zur Sicherstellung einer ausreichenden Belichtung, Belüftung und Besonnung der Baugrundstücke, zur Sicherstellung von Flächen für Nebenanlagen, zur Herstellung des Wohnfriedens und zur Sicherstellung des Brandschutzes abweichend von den gesetzlichen Bestimmungen geregelt werden. In Bezug auf das Ortsbild sind nur gebäudebezogene Regelungen zulässig, die sich mittelbar auf die Gestaltung des Ortsbildes auswirken.

Die vorstehende Satzung wird im Rahmen der Ermächtigungsgrundlage maßgeblich zur Verbesserung und Erhaltung der Wohnqualität erlassen.

Im Gemeindegebiet Bergkirchen sind nach wie vor viele Bereiche nicht überplant und beurteilen sich planungsrechtlich nach § 34 BauGB. Darüber hinaus sind in Bebauungsplänen zum Teil großzügige Bauräume festgelegt. In diesen Bereichen wird der Abstand von Baukörpern zueinander im Wesentlichen durch das Abstandsflächenrecht geregelt. Der hohe Siedlungsdruck im Gemeindegebiet in der Metropolregion München und die immer weiter steigenden Grundstückspreise werden daher dazu führen, dass die Mindestmaße der gesetzlich festgelegten Abstandsflächen weitestgehend ausgenutzt werden. Damit wird sich die Wohnqualität im Gemeindegebiet nachteilig ändern. Eine deutliche Nachverdichtung wird nach Auffassung der Gemeinde auch nachteilige Auswirkungen auf den Wohnfrieden haben.

Die Wohnqualität ist im Gemeindegebiet in vielen Bereichen durch größere Abstände zwischen den Gebäuden geprägt. Gerade im Gemeindegebiet werden Wohnformen angeboten, die im städtischen bzw. baulich verdichteten Raum nicht bzw. nur noch selten anzutreffen sind. Das Wohnen ist geprägt durch Abstand zum Nachbarn. Freibereiche um die Gebäude stellen insoweit einen wesentlichen Bestandteil der Wohnqualität dar, insbesondere auch für Kinder. Die Gemeinde möchte mit dieser Satzung die Wohnqualität, die durch größeren Abstand zwischen den Gebäuden geprägt ist, erhalten und ggf. im Rahmen der Neubebauung von Grundstücken verbessern. Dies führt auch zu einer Verbesserung von Belichtung, Belüftung und Besonnung der Baugrundstücke sowie ggf. auch zu einer Verbesserung des Brandschutzes.

Der Gesetzgeber hat mit der Neuregelung der Abstandsflächen in Art. 6 Abs. 5 BayBO die Untergrenze des zulässigen Gebäudeabstands festgelegt. Die Gemeinde Bergkirchen möchte für ihr Gemeindegebiet höhere Standards, als vom Gesetzgeber vorgesehen, festlegen.

Gleichzeitig werden über größere Abstandsflächen auch notwendige Flächen für Nebenanlagen gesichert. Der Bedarf an Flächen zur Unterbringung von Gartengeräten, Spielgeräten für Kind

der, von Fahrrädern und natürlich von Kraftfahrzeugen ist größer als in der Stadt. Durch die Verlängerung der Abstandsflächen wird auch insoweit ausreichend Raum auf den Baugrundstücken gesichert.

Die Gemeinde bezieht in ihre Überlegungen durchaus ein, dass der Gesetzgeber mit der Abstandsflächenverkürzung einer Innenverdichtung und einer Verringerung der neuen Inanspruchnahme von Flächen beabsichtigt. Die Gemeinde hält aber die Erhaltung und Verbesserung der Wohnqualität in ihrem Gemeindegebiet für vorrangig. Um trotzdem einen Ausgleich zwischen dem gesetzgeberischen Ziel der Innenverdichtung einerseits und der Wohnqualität andererseits zu erreichen, wird das Maß der Abstandsflächentiefe mit 0,8 H festgesetzt und die Möglichkeit der Erhöhung auf bis zu 1,0 H nicht vollständig ausgeschöpft. Die bisher mögliche Verkürzung der Abstandsflächen vor bis zu zwei Außenwänden von nicht mehr als 16 m Länge wird beibehalten. Die Abstandsflächentiefe von 0,4 H wird für neue Bauvorhaben auf zwei Seiten ermöglicht und so wiederum dem gesetzgeberischen Ziel der Innenverdichtung Rechnung getragen, ohne dabei das Ziel der Erhaltung und Verbesserung der Wohnqualität aus den Augen zu verlieren. Das Gebot der Innenverdichtung kann auch durch ein höheres Maß baulicher Nutzung erreicht werden, etwa durch höhere Gebäude, welche die Abstandsflächen einhalten. Dies wird die Gemeinde in ihren Planungen berücksichtigen.

Die Gemeinde Bergkirchen setzt nicht, die durch die Neuregelung des Gesetzgebers mögliche Abstandsflächentiefe von 1 H, sondern eine Abstandsflächentiefe von 0,8 H und für bis zu zwei Außenwänden von nicht mehr als 16 m Länge von 0,4 H fest, sodass eine Erhöhung der Abstandsflächentiefe (gegenüber BayBO in den vorangegangenen Fassungen) in den meisten Fällen nicht zu erwarten ist. Die Möglichkeit einer Abweichung nach Art. 63 BayBO wurde festgesetzt.

Für die Entscheidung über den Geltungsbereich der Satzung wurden alle Ortsteile einzeln auf Plänen betrachtet. Im Ergebnis hat sich die Gemeinde dazu entschlossen, die abweichenden Abstandsflächen im gesamten Gemeindegebiet anzuordnen. Zwar gibt es im Gemeindegebiet unterschiedliche Siedlungsstrukturen und Bauweisen, jedoch ist im Wesentlichen die vorhandene Baustruktur in allen Ortsteilen (bis auf kleine Außenorte) aber vergleichbar. Die vorgeannten Ziele sollen daher generell im Gemeindegebiet verfolgt werden und damit auch Grundlage der Abstandsflächenbemessung sein. Im Einzelfall ist eine Korrektur über Abweichungen möglich. Für die sich insbesondere unterscheidenden Gewerbe-, Kern- und klassenurbanen Gebiete findet die Satzung ohnehin keine Anwendung.

Das gleiche gilt für Bebauungspläne, soweit darin nicht Regelungen zum Abstandsflächenrecht enthalten sind.

Für Bebauungspläne, die auf die jeweils geltenden Abstandsflächenvorschriften verweisen, gilt auch für diese § 2 dieser Satzung.

Die Gemeinde ist sich auch bewusst, dass die Verlängerung der Abstandsflächen gegenüber der gleichzeitig in Kraft tretenden gesetzlichen Verkürzung derselben Auswirkungen auf die bauliche Ausnutzbarkeit von Grundstücken haben kann und damit auch Eigentümerinteressen nachteilig betroffen werden können. Die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Wohnqualität im Gemeindegebiet rechtfertigt indes mögliche Eigentumseinschränkungen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

4. Flächennutzungsplanänderung Nr. 6za1, Bereich Handwerkerhof Neuhimmelreich, Aufstellungs- Billigungs- und Auslegungsbe- schluss gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB

Sachverhalt:

Es ist beabsichtigt, auf den Grundstücken Fl.Nrn. 809, 809/2, 809/3, 809/4, 815/1, 815/2, 815/5, 987/3, 988/1, 988/2, 988/3, 989/2, 989/3, 989/4, 895 Gemarkung Günding einen Handwerkerhof zu errichten.

Bisher ist die Art der baulichen Nutzung als private Grünfläche festgesetzt.

RECHTSWIRKSAMER PLAN



ORABZU

Fortsetzungsblatt zur Niederschrift

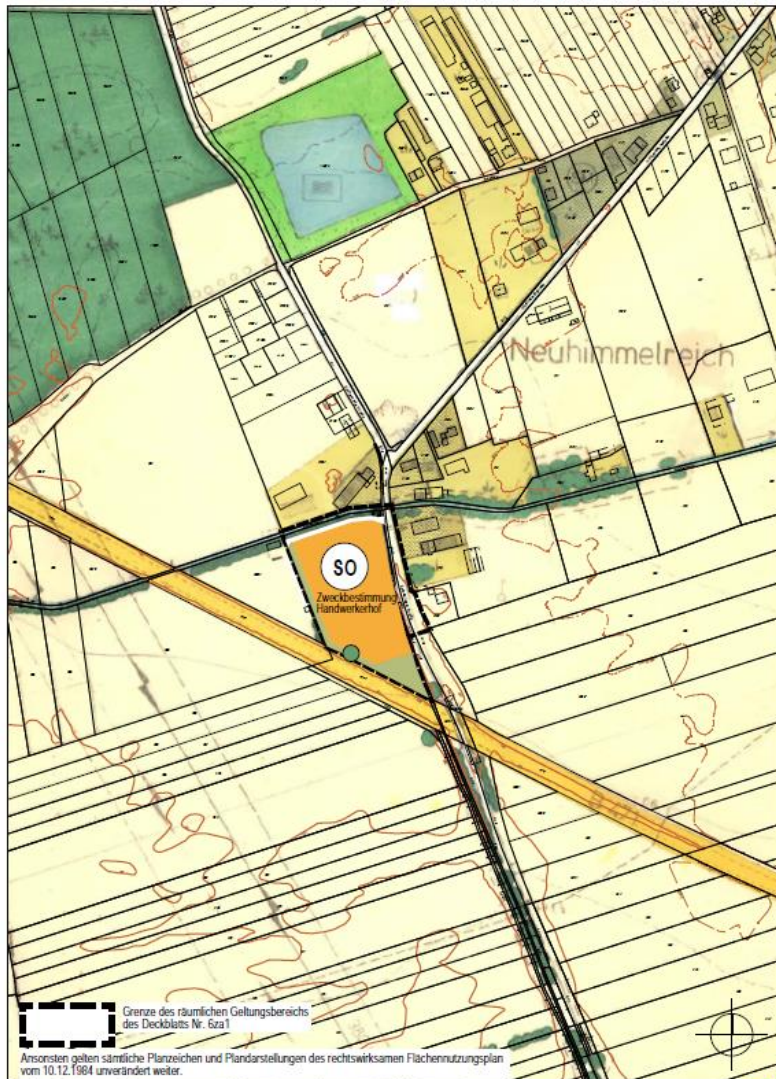
öffentliche und teilweise nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates, Öffentlicher Teil
am 19.01.2021

Seite: 16

Die Art der baulichen Nutzung soll in „Sondergebiet Handwerkerhof“ geändert werden.

VORENTWURF

DECKBLATT NR. 6za1



Die Flächennutzungsplanänderung 6za 1, Bereich Handwerkerhof, Neuhimmelreich soll im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 Baugesetzbuch mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bauungs- und Grünordnungsplans Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1 geändert werden.

Den Planungsauftrag für die Flächennutzungsplanänderung Nr. 6za1, Bereich Handwerkerhof Neuhimmelreich sollte das Büro Marion Linke + Klaus Kerling Landschaftsarchitekten und Stadtplaner BDLA, Landshut erhalten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgendes:

Aufstellungsbeschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes in „Sondergebiet Handwerkerhof“. Der Flächennutzungsplan erhält die Bezeichnung „Flächennutzungsplanänderung Nr. 6 za1, Bereich Neuhimmelreich, Handwerkerhof“.

Fortsetzungsblatt zur Niederschrift

öffentliche und teilweise nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates, Öffentlicher
Teil
am 19.01.2021

Seite: 17

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

Billigungsbeschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Flächennutzungsplanänderung Nr. 6 za1, Bereich Neuhimmelreich, Handwerkerhof in der Fassung vom 19.01.2021 zu billigen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

Auslegungsbeschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Flächennutzungsplanänderung Nr. 6 za1, Bereich Neuhimmelreich, Handwerkerhof in der Fassung vom 19.01.2021 öffentlich nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

Planungsauftrag:

Den Planungsauftrag für die Flächennutzungsplanänderung Nr. 6za1, Bereich Handwerkerhof Neuhimmelreich wird an das Büro Marion Linke + Klaus Kerling Landschaftsarchitekten und Stadtplaner BDLA, Landshut erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

5. Vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1, Aufstellungs- Billigungs- und Auslegungsbeschluss gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB

Sachverhalt:

Die Firma Ing. Hans Lang GmbH, Vomperbach, Alte Landstr.44, A-6123 Terfens Tirol - Österreich stellt einen Antrag auf Einleitung eines Bauleitplanverfahrens für einen Vorhaben- und Erschließungsplan nach § 12 Baugesetzbuch auf den Grundstücken Fl.Nrn. 809, 809/2, 809/3, 809/4, 815/1, 815/2, 815/5, 987/3, 988/1, 988/2, 988/3, 989/2, 989/3, 989/4, 895 Gemarkung Günding.

Gem. § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch sollte auf Antrag des Vorhabenträgers (Firma Ing. Hans Lang GmbH) über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens entschieden und ein Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch für einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan gefasst werden.

Der vorhabenbezogene Bebauungs- und Grünordnungsplans Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1 ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 Baugesetzbuch mit der Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 6za 1, Bereich Handwerkerhof Neuhimmelreich, aufzustellen.



Fortsetzungsblatt zur Niederschrift

öffentliche und teilweise nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates, Öffentlicher
Teil
am 19.01.2021

Seite: 19

Den Planungsauftrag für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1 sollte das Büro Marion Linke + Klaus Kerling Landschaftsarchitekten und Stadtplaner BDLA, Landshut erhalten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgendes:

Aufstellungsbeschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplans Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1“.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

Billigungsbeschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1“ in der Fassung vom 19.01.2021 zu billigen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

Auslegungsbeschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1“ in der Fassung vom 19.01.2021 öffentlich nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

Planungsauftrag:

Den Planungsauftrag für die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 7, Neuhimmelreich, Deckblatt 1 wird an das Büro Marion Linke + Klaus Kerling Landschaftsarchitekten und Stadtplaner BDLA, Landshut erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

6. Behandlung der Wünsche, Anregungen und Anträge aus der Bürgerversammlung 2020

Sachverhalt:

Nach Art. 18 Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern ist trotz der Corona-Pandemie und den strikten Beschränkungen, Auflagen und Hygienekonzepten nach den Weisungen des Bayerischen Innenministeriums der Erste Bürgermeister verpflichtet, einmal jährlich eine Bürgerversammlung abzuhalten.

Es war geplant, am Montag, 23. November 2020 in der Mensa der Schule Bergkirchen eine Bürgerversammlung abzuhalten, allerdings nur mit Anmeldung der Bürger*innen und nur für die Darlegung Ihrer Wünsche, Anregungen und Anträge. Die Bürger*innen hätten somit die Gelegenheit gehabt, ihr Anliegen vorzutragen und der Erste Bürgermeister wäre so seiner Verpflichtung nach Art. 18 GO nachgekommen.

Die üblichen Informationen zur Bürgerversammlung mit den jeweiligen Statistiken wurden im neuen Gemeindeblatt ausführlich allen Bürger*innen zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der hohen 7-Tage-Inzidenz-Werte und vor allem der relativ hohen Werte im Gemeindebereich Bergkirchen musste die geplante Bürgerversammlung abgesagt werden.

Alle angemeldeten Bürger*innen wurden diesbezüglich informiert und hatten nun bis 30. November 2020 die Möglichkeit, ihre Wünsche, Anregungen und Anträge schriftlich, per E-Mail bzw. telefonisch an den Ersten Bürgermeister mitzuteilen.

Eine Bürgerversammlung online per Lifestream wurde bewusst in diesem Jahr noch nicht abgehalten, da viele Bürger*innen, insbesondere die, die Interesse mit Fragen usw. zeigten, die Technik hierfür noch nicht haben. Eine Gleichbehandlung sollte hier gewahrt sein.

Folgende Wünsche, Anregungen und Anträge liegen vor:

1. Eine Bürgerin aus Günding fragt nach dem Ersatz für Bergkirchen-Mobil sowie die Entwicklung von Erneuerbaren Energien im Gemeindebereich:

Stellungnahme:

- a) Bergkirchen-Mobil: nachdem das bisher beauftragte Taxiunternehmen aufgrund mehrerer betriebsbedingter Kündigungen, die Fahrten fürs Bergkirchen Mobil nicht mehr gewährleisten konnte und kein Ersatzunternehmen gefunden wurde, wurde

das Anrufsammeltaxi Bergkirchen Mobil eingestellt. Gleichzeitig hat der MVV gemeinsam mit dem ÖPNV geplant, dass im Landkreis Dachau eine bessere Taktung der Busse, für Bergkirchen die Linie 721, eingeführt werden soll. Für die Linie 721 war dies bereits für den Fahrplanwechsel 2019/2020 geplant, konnte aber aus Mangel an Fahrzeugen und Personal nicht umgesetzt werden. Es wird aber geplant zeitnah zusätzliche Fahrten anzubieten. Ein Teil des neuen Bedarfsverkehrskonzepts des Landkreises Dachau soll mit dem Fahrplanwechsel 2021/2022 umgesetzt werden. Mit dieser Umsetzung sollen dann auch die Ortsteile Neuhimmelreich, Eschenried, Gröbenried besser angebunden werden. Ab Dezember 2022 ist geplant das neue Ruftaxi-Konzept des Landkreises umzusetzen. Wie die Entwicklung bzw. die Umsetzung von statten gehen wird, kann derzeit aufgrund der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen noch nicht konkret mitgeteilt werden.

- b) Erneuerbare Energien: die Gemeinde Bergkirchen ist mit der Fernwärme und der daraus hohen CO₂-Einsparung sehr aktiv. Gleichzeitig wird derzeit geprüft, inwieweit PV-Freiflächenanlagen im Gemeindebereich entstehen könnten. Aus den vorliegenden Statistiken geht hervor, dass im Gemeindebereich Bergkirchen rd. 60 % des Stromverbrauchs regenerativ erzeugt wird. Ziel ist es, dass bis zum Jahr 2030 100 % erzeugt werden sollen. Derzeit wird im Gemeinderat über weitere Möglichkeiten, vor allem auf große Dächer und auf Privatgebäuden PV-Anlagen zu errichten, evtl. auch bzw. vorteilhaft mit Bürgerbeteiligung, beraten. Im Hinblick auf die Ladesäulenstruktur im Gemeindebereich ist vor allem die Lademöglichkeit in der GADA zu erwähnen mit 5 Schnellladesäulen, aber auch einige Firmen und Privathäuser haben bereits Wallboxen installiert. Inwieweit auch hier die Gemeinde in kommunale Förderungen einsteigt, hängt von der bisherigen bzw. künftigen staatlichen Förderung ab.

Gemeinderat Stefan Haas weist vor allem darauf hin, dass bei Ladesäulen darauf zu achten sei, dass der hierfür benötigte Strom direkt und vor Ort regenerativ erzeugt werden soll.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Anfrage zur Kenntnis und stimmt der Stellungnahme zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

2. Eine Bürgerin aus Gröbenried hat folgende Anliegen:

- a) ich bitte nochmals um einen Verkehrsspiegel beim Rettungspunkt NR:2085 Allacherstraße Ecke Langwiederstraße, da die Fahrzeuge erst gesehen werden, wenn man miten auf der Straße steht. Da die Fahrzeuge aber auch schneller kommen wie erlaubt, wäre es angebracht, einen Spiegel anzubringen, um die Übersichtlichkeit zu garantieren.

Stellungnahme:

Die Gemeinde will grundsätzlich keine Verkehrsspiegel aufstellen. Diese täuschen eine Sicherheit vor die es nicht gibt. Der Verkehrsausschuss soll diese Anfrage nochmals bei einer Ortsbesichtigung begutachten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, sich der Meinung der Verwaltung grundsätzlich anzuschließen. Der Verkehrsausschuss soll unabhängig hiervon in seiner nächsten Sitzung eine Ortsbesichtigung gemeinsam mit der PI Dachau durchführen. Dem Gemeinderat wird dann die weitere Vorgehensweise nochmals vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

- b) Schulbussituation Gröbenried am Flugplatz - die meisten Eltern bringen bzw. holen ihre Kinder (auch wenn diese schon größer sind) einzeln mit dem Auto zum bzw. vom Bus ab und warten dann gemeinsam mit Ihren Autos und parken die Kreuzung zu. Ich hoffe man kann hier irgendwie eine Lösung finden.

Lösungsvorschlag:

Parken im Kreuzungsbereich ist grundsätzlich verboten. Die Polizeiinspektion Dachau wird informiert. Die PI Dachau klärt die Eltern sehr gerne auf bzw. erteilt die entsprechenden Ordnungswidrigkeiten. Die PI Dachau sollte hier verstärkte Kontrollen durchführen.

Die Gemeinderäte Ruth Göttler und Stefan Haas schlagen vor, dass vor Einschaltung der Polizeiinspektion Dachau die Gemeindeverwaltung Gespräche mit den Eltern führen soll.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Gemeindeverwaltung ist nicht befugt bei Verstößen gegen die StVO tätig zu werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Thematik mit der PI Dachau besprochen wird und der 1. Vorsitzende Gespräche mit den Eltern sucht.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

- c) Ein weiterer Punkt der mir auf dem Herzen liegt ist, dass das Bankett in der Langwiederstraße in Richtung Fischgut Rötzer, wenn man mit dem Fahrrad zum Waldschwaigsee fährt oder auch zu Fuß - ist ein Umknicken fatal, hier ist an der Teerdecke auf der rechten Seite wie eine Stufe zum Bankett - wir reden hier von guten 10 cm Höhenunterschied Minimum. Mit dem Fahrrad ist das unglaublich gefährlich zu stürzen und zu Fuß ist die Gefahr des Umknickens mit weiteren Verletzungen wahrscheinlich.

Da ein entgegenkommendes Fahrzeug hier nicht ausweichen kann, aufgrund der Sträucher am Straßenrand. Wunsch ist - Bankett in Ordnung bringen und Sträucher entlang der gesamten Langwieder Straße in Gröbenried schneiden.

Stellungnahme:

Die Langwieder Straße in dem Bereich gehört den Anliegern. Die Gemeinde ist hierfür nicht zuständig.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass aufgrund der Problematik der Privatstraße hier die Gemeinde nicht tätig werden kann. Der 1. Vorsitzende wird mit der Verwaltung beauftragt, dass mit den Anliegern Gespräche geführt werden, insbesondere zur Haftungsfrage, dass die Zuständigen den Straßenbereich unterhalten.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

- d) Bauamt – Stellungnahme – Bebauungsplan Neuhimmelreich und Langwieder Straße Außenbereichssatzung

Stellungnahme:

Es ist beabsichtigt im Bereich Neuhimmelreich den Flächennutzungsplan und Bebauungsplan zu ändern. Es ist angedacht den Bereich in mehreren Abschnitten zu vollziehen.

Die Gemeinde hat in dieser heutigen Sitzung den Aufstellungs-, Billigungs- und Auslegungsbescheid des südwestlichen Teils zum sog. Handwerkerhof beschlossen. Für den weiteren Teil gehen wir davon aus, dass es in der zweiten Jahreshälfte 2021 weitergehen wird, wobei erst das Verfahren im südwestlichen Teil abgeschlossen sein muss. Die Zeitschiene hängt deshalb maßgeblich von den Stellungnahmen der Bürger und Träger öffentlicher Belange ab.

Langwieder Straße, Außenbereichssatzung:

Leider ist die Klausurtagung im November 2020 wegen Corona ausgefallen. Zum heutigen Datum gibt es noch keine Entscheidung, in welchen Bereich Bauleitplanungen erfolgen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Anfrage zur Kenntnis. Die Entwicklung der Gemeinde liegt dem Gemeinderat sehr am Herzen, vor allem im Bereich der Gemeindeteile Gröbenried, Eschenried und Neuhimmelreich. Der Gemeinderat wird sicherlich in nächster Zukunft weitere Entscheidungen unter Einbindung eines Planungsbüros treffen.

Fortsetzungsblatt zur Niederschrift

öffentliche und teilweise nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates, Öffentlicher Teil
am 19.01.2021

Seite: 24

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

3. a) Bauamt - Ein Bürger aus Oberbachern fragt nach dem Ausbau von Tennet

Stellungnahme:

Es wird verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger geben, der Trassenbau ist zeitlich mit Baubeginn im Jahr 2027 veranschlagt.

Die Informationen sind auf der eingerichteten Internetseite zu finden:
www.tennet.eu/oba-ott

Die Trasse, die Bergkirchen bzw. Oberbachern betrifft, läuft vom Umspannwerk an Stetten vorbei, auch hier gibt es einen Korridorvorschlag, der derzeit geprüft wird.

Das Umspannwerk in Oberbachern wird ebenfalls bis 2028 weiter ausgebaut werden, die Grunderwerbe dazu sind durch Tennet bereits vollzogen.

Die Gemeinde war mit örtlichen Landwirten bereits vor Ort, da sich auch die Feldwege um das Umspannwerk verändern werden. Hier waren auch Tennet-Mitarbeiter dabei, um die entsprechenden Wünsche an den künftigen Verlauf der Feldwege aufzunehmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Anfrage zur Kenntnis. Der Gemeinderat wird den Um- und Ausbau des Umspannwerkes mit Neuerrichtung der Stromtrasse weiterhin, teils auch kritisch, im Focus behalten und im Gemeinderat die entsprechenden abgewogenen Beschlüsse hierzu fassen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

- b) Antrag auf Anordnung eines Haltverbots am Mandlberg in Oberbachern.

Stellungnahme:

Die verkehrsrechtliche Anordnung für ein Haltverbot am Mandlberg war bereits mehrmals Thema im Verkehrsausschuss sowie im Gemeinderat. Ein Haltverbot wird aus Sicht der PI Dachau abgelehnt. Jeder Verkehrsteilnehmer darf nach der StVO nur auf der Straßenfläche halten bzw. parken, wenn der Verkehr durchfließen kann. In diesem Bereich ist auch eine einspurige Befahrbarkeit ausreichend.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass im Wege der nächsten Verkehrsausschusssitzung das Haltverbot am Mandlberg in Oberbachern nochmals behandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

4. Ein Bürger aus Kreuzholzhausen hat folgende Anliegen:

a) Situation an den Schulbushaltestellen – ist in vielen Ortsteilen sehr gefährlich.

Stellungnahme:

Die Schulbushaltestellen werden durch den MVV gemeinsam mit der Polizeiinspektion Dachau regelmäßig geprüft. Notwendige Änderungen werden teils durch Verlegung der Haltestelle durch den MVV veranlasst. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren an fast allen Haltestellen Wartehäuschen errichtet. Vorschlag der Verwaltung – in der nächsten Verkehrsausschusssitzung werden die Bushaltestellen vor allem in Kreuzholzhausen bei einer Ortsbesichtigung gemeinsam mit der PI Dachau nochmals eingehend geprüft.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass in der nächsten bzw. in den nächsten Sitzungen des Verkehrsausschusses ein besonderes Augenmerk bei den Ortsbesichtigungen auf die Schulbushaltestellen geworfen wird. Notwendige Maßnahmen werden wie bisher dem Gemeinderat zur weiteren Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

b) Inwieweit werden die Kosten und Termine der gemeindlichen Baumaßnahmen eingehalten, und in welcher Form wird eine Voruntersuchung zur Kostenermittlung durchgeführt.

Stellungnahme:

Der Gemeinderat beschließt per Grundsatzbeschluss in öffentlicher Sitzung mit Vorlage einer Planung und einer Kostenberechnung eine geplante Maßnahme, die größtenteils durch die beauftragten Planer bzw. des gemeindlichen technischen Fachbereichs erstellt wird. Nach Planungsverlauf wird wie gesetzlich vorgeschrieben, die Kostenschätzung bzw. evtl. Erhöhungen durch den Gemeinderat beschlossen. Der Gemeinderat ist grundsätzlich über die Kostenhöhe informiert. Bei Beginn einer Baumaßnahme wird grundsätzlich ein Terminplan erstellt, der größtenteils, zumindest in den letzten Jahren, meist eingehalten werden konnte. Manch Unvorhergesehenes lässt sich oft nicht vermeiden.

Beschluss:

Der Gemeinderat schließt sich bei dieser Anfrage der Stellungnahme der Verwaltung an.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

- c) Ist ein weiterer Ausbau des Radnetzes in Richtung München geplant?

Stellungnahme:

Ja. Hier sind mit dem landkreisweiten Radwegenetz sowie des geplanten sog. Schnellradweges nach München über Karlsfeld Verbesserungen vorgesehen. Allerdings lassen sich viele Radwegeverbindungen durch fehlenden Grunderwerb nicht zeitnah umsetzen. Beim Kreuzungsbereich Münchner Straße/Am Kurfürstenweg wird die Tiefbauverwaltung des Landkreises Dachau mit der Errichtung einer festinstallierten Lichtzeichenanlage auch für Radfahrer den Kreuzungsbereich verbessern.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass gerade die Radwegeverbindungen in Richtung München noch weiterhin zu verbessern sind. Dies wird sicherlich eine Aufgabe für die nächsten Jahre. Einige Schritte sind bereits eingeleitet.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

- d) Im neuangelegten Räuber-Kneiße-Weg wird auf die Grotte verwiesen, hier sollte eine Beschilderung an der Straße angebracht werden.

Stellungnahme:

Der Gemeinde ist es bewusst, dass es hier keine Beschilderung gibt, teils bewusst, da durch eine Beschilderung auch oft Vandalismus angezogen wird. Sollte eine Beschilderung gewünscht werden, hat der Gemeinderat hierüber zu entscheiden.

Gemeinderat Bernhard Fritz beantragt, dass die Beschilderung einheitlich nach dem West-Allianz-Konzept und dem gemeinsamen Landkreis Konzept nach Rücksprache mit den Ansprechpartnern für den Räuber-Kneiße-Weg errichtet wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass in Kreuzholzhausen aufgrund der Anfrage eine Beschilderung zur Grotte errichtet wird. Auf dem Hinweisschild soll „Fußweg zur Grotte“ stehen, um keinen Verkehr auf den Weg anzuziehen. Die Beschilderung erfolgt alleinig nach dem WestAllianz-Konzept.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

5. Ein Bürger aus Günding hat folgende Anfragen:

- a) Klimaneutrale Gemeinde: Darunter verstehe ich eine Kommune, die mindestens so viel CO₂ neutrale Energie erzeugt, als deren Bürger insgesamt, also auch für Mobilität, verbrauchen.
Welche klimaneutralen Energiequellen gibt es auf dem Gemeindegebiet?
Wieviel Prozent des Energiebedarfs, der Bergkirchener werden dadurch abgedeckt?
Was ist in Planung, um diese auszubauen. Wieviel Energie soll dadurch produziert werden und bis wann sollen Projekte umgesetzt werden?
Gibt es Gutachten darüber, welche klimaneutralen Energiequellen auf dem Gemeindegebiet erschlossen werden können?
Wenn Nein, gibt es Vorüberlegungen wie an die Planung herangegangen werden soll?
Hat die Gemeinde die Zielsetzung „Klimaneutrale Gemeinde“ zu werden?
Wenn bisher Nein:
Kann dieser Gedanke aufgegriffen und erörtert werden?
Sollte dies nicht erörtert werden, bitte ich um Begründung.

Stellungnahme:

Klimaneutral und CO₂-Einsparung ist seit gut 15 Jahren bereits ein Thema in der Gemeinde Bergkirchen. Das Gewerbegebiet GADA wurde bereits ab dem Jahr 2007, also seit Beginn, mit Fernwärme und somit mit einem Energieprimärfaktor von 0,00 sowie mit Produktionswärme versorgt. Ein Gewerbegebiet ohne Ausstoß von CO₂!

Des Weiteren wurde ab 2011 in den Gemeindeteilen Feldgeding, Bergkirchen und Günding die Fernwärme ausgebaut. Die Anschlusszahlen und die Tausenden von Tonnen CO₂-Einsparungen lassen sich sehen.

Im Bereich Strom wird rd. 60 % des Verbrauchs regenerativ erzeugt, vor allem durch Wasserkraft in Günding und weiteren Kraftwerken, aber auch durch Biogasanlagen und PV-Anlagen. Gerade bei den PV-Anlagen ist die Gemeinde derzeit aktiv. Es wird geprüft inwieweit Grundstückseigentümer, gerade von großen Dächern, evtl. auch mit Bürgerbeteiligung, bereit sind hier Anlagen zu errichten, gleiches gilt für Privatgebäude und Freiflächen-PV-Anlagen. Hier ist die Gemeinde Bergkirchen gerade dabei, eine umwelt- und landschaftsverträgliche Planung herbeizuführen.

Ziel ist es in den nächsten Jahren, den verbrauchten Strom im Gemeindebereich auch im Gemeindebereich zu 100 % selbst regenerativ zu erzeugen.

Die Zielsetzung aus dem Jahre 2009 – 30 % CO₂ bis zum Jahr 2020 einzusparen, kann ohne gutachterliche Prüfung – als größtenteils geschafft eingestuft werden. Hier kann sich die Gemeinde Bergkirchen im Landkreis Dachau sehen lassen. Die Frage der Energiequellen – Wasserkraft, Biogasanlagen, PV-Anlagen und Fernwärme ist soweit beantwortet – auf Windkraft nur kurz – die sehr intensive Windkraftplanung wurde durch die 10-H-Regelung aufgrund unserer dichten Bebauung gestoppt. Inwieweit dieses Thema wiederauflebt, ist derzeit nicht konkret aussagekräftig.

Aber es sollte nicht nur die Erzeugung, sondern auch die Einsparungen angesprochen werden. Vorrangig hier die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED mit Nachtabsenkung und viele Energieeinsparungen in gemeindlichen Objekten.

Das Thema – klimaneutrale Gemeinde und Gutachten über mögliche Energiequellen usw. – wird im nächsten Umwelt- und Nachhaltigkeitsausschuss behandelt.

Zweite Bürgermeisterin Dagmar Wagner ist der Auffassung, dass der Erfolg von der Beteiligung der Bürger abhängig ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschäftigt sich seit über 3 Wahlzeiten mit diesem Thema und wird auch in dieser Wahlzeit zukunftsorientierte Entscheidungen hierzu treffen. Nachdem in dieser Wahlzeit ein eigens hierfür geschaffener Ausschuss beratend für den Gemeinderat tätig ist, wird der neue Umwelt- und Nachhaltigkeitsausschuss diese Thematik voranbringen. Allerdings sollten die bisherigen Maßnahmen vordergründig auch nicht als selbstverständlich eingestuft werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

- b) Öffentlicher Teil der Gemeinderatssitzungen: Ist es sinnvoll und rechtlich haltbar, dass so wenige Gemeinderatsthemen öffentlich behandelt werden? Was muss, was darf lt. Gemeindeordnung unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden? Was muss öffentlich verhandelt werden? Wäre es nicht sinnvoll mehr Themenbereiche für die Öffentlichkeit zu öffnen? So beispielsweise Tagesordnungspunkte vor den Sitzungen öffentlich zu machen und dann auch Sitzungsprotokolle zu veröffentlichen. So könnte das Interesse an der Kommunalpolitik verstärkt und somit die Demokratie gefördert werden?

Stellungnahme:

Der Gemeinderat gibt sich zu Beginn jeder Wahlzeit in seiner konstituierenden Sitzung eine Geschäftsordnung, Grundlage hierfür ist die Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern.

Die Geschäftsordnung ist auf der Homepage der Gemeinde Bergkirchen veröffentlicht. § 21 und 22 dieser Geschäftsordnung und Art. 52 GO regeln die Öffentlichkeit der Sitzungen.

Der Gemeinderat beschließt nach dieser gesetzlichen Grundlage rechtmäßig in den Sitzungen. Der Erste Bürgermeister setzt die Tagesordnung fest und lädt nach den Fristen der Geschäftsordnung.

Öffentliche Aufträge werden in öffentlicher Sitzung beschlossen und bei jeder Sitzung werden die Tagesordnungspunkte öffentlich bekanntgegeben, bei denen die Geheimhaltung entfiel.

Die Gemeinde wird durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) sowie der Rechtsaufsichtsbehörde des Landratsamtes Dachau turnusmäßig alle 3 Jahre geprüft. Hier sind bisher keine Unregelmäßigkeiten festgestellt worden. Auch die Verwaltung ist hier striktiv tätig.

Öffentliche Aufträge werden in öffentlicher Sitzung beschlossen

Inwieweit die Niederschriften zu Sitzungen auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht werden sollten, hat der Gemeinderat zu entscheiden.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Wahrnehmung des Bürgers sehr ernst. Der Gemeinderat beschließt, dass die Niederschriften des Gemeinderates, öffentlicher Teil, nach Genehmigung durch den Gemeinderat auf der Homepage der Gemeinde Bergkirchen veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung soll ab der Wahlzeit 2020/2026, somit zum 01. Mai 2020 beginnen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

6. Ein junger Bürger aus Günding fragt nach der Beleuchtung der Skater-Bahn in Unterbachern nach:

Er fände es gut, wenn die Skater-Anlage in Bachern abends beleuchtet würde, damit diese länger genutzt werden kann. Die Anlage ist in den letzten Wochen stark, von sowohl Kindern, Jugendlichen und auch von Erwachsenen und Sportler in Gebrauch. Da der Park ohne Scheinwerfer nur bis höchstens 17 Uhr benutzbar ist, ist der Park zwischen 15 und 17 Uhr sehr überlaufen. Dies führt dazu, dass die Unfallgefahr stark steigt und der Park nur schwer zu gebrauchen ist. Wenn der Park abends beleuchtet wäre, können sich die Leute besser aufteilen bzw. überhaupt nach der Arbeit benutzen. Da ich davon ausgehe, dass die Lichter so aufgestellt werden können, dass sie weder in den Wald noch in die umliegenden Häuser scheinen, sehe ich neben den Kosten kein Problem.

Stellungnahme:

Diese Thematik der Beleuchtung wurde bereits bei der Planung und Errichtung der Skateanlage besprochen bzw. abgehandelt.

Zum einen war hier der Lärmschutz, die Immissionswerte ein ausschlaggebender Punkt, zum anderen wollte die Gemeinde die abendlichen Treffen, vor allem der Jugendlichen mit möglichen Feiern usw. und deren Auswirkungen nicht dulden.

Gerade die Einhaltung der derzeitigen Auflagen und Einschränkungen zur Corona-Pandemie untersagen eigentlich die dargelegte Nutzung. Hier musste bereits des Öfteren die Polizei einschreiten, da die Hygienevorschriften nicht eingehalten wurden.

Sollte der Gemeinderat eine Beleuchtung ins Auge fassen, könnte die Verwaltung ein entsprechendes Kostenangebot anfordern. Die Schaltung der Beleuchtung ist das größere Problem.

Gemeinderat Stefan Haas weist darauf hin, dass der Antrag auch ohne Corona-Pandemie betrachtet werden soll und konkrete Kostenangebote eingeholt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass der 1. Vorsitzende mit dem örtlichen Gemeinderat Josef Märkl jun. dieses Thema eingehender betrachtet. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Kostenangebote einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

7. Ein Bürger aus Bergkirchen hat folgende 3 Anfragen:

- a) Straßenbrücke in Feldgeding über die Amper und die B471, Graßfinger Straße:
Die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h sollte über die Brücke verlängert werden. Begründung: Autofahrer überholen die meist langsamen, die Steigung bergauf fahrenden Radfahrer trotz durchgezogenen Strich. Wegen der Kuppe und der Kurve der Brücke ist die Sichtweite aber zu kurz, um die mit ca. 60 km/h entgegenkommenden Autos rechtzeitig zu erkennen und den Überholvorgang gefahrlos zu beenden. Eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h auf der Brücke würde den entgegenkommenden Verkehr verlangsamen und so das Risiko eines Unfalls verringern. Ein Überholen wäre relativ gefahrlos möglich und der durchgezogene Strich, der meist ignoriert wird, könnte evtl. entfallen und das Überholen wäre dann legal. Da die weiterführende Straße in Feldgeding ab Ende der Brücke schon auf 30 km/h beschränkt ist, würden auch keine zusätzlichen Bremsungen oder Beschleunigungen notwendig werden, so dass der Verkehr gleichmäßig im Ort dahinfließen würde. Für die Anwohner würde der Straßenlärm sogar reduziert werden, da die lauten Beschleunigungen und Abbremsungen auf der den Anwohner gegenüberliegenden Seite der Brücke verlegt werden würde:

Stellungnahme:

Hier sollte im Rahmen einer Verkehrsschau bzw. der Verkehrsausschuss gemeinsam mit der PI Dachau eine Lösung vorschlagen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass diese Anfrage der Verkehrsausschuss gemeinsam mit der PI Dachau bei einer Ortsbesichtigung behandeln soll und anschließend dem Gemeinderat zur weiteren Beratung bzw. Beschlussfassung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

- b) Bergkirchen Römerstraße zwischen Mühlstraße und Bruckbergstraße:
Antrag auf Freigabe des Gehwegs bergauf für Radfahrer in der Römerstraße durch das Schild „Radverkehr frei“.
Begründung: Der normale Radfahrer fährt den Berg in der Römerstraße nur etwas schneller als Schrittgeschwindigkeit bergauf. Damit ist die Relativgeschwindigkeit zu den von hinten kommenden Autos relativ groß, so dass bei Gegenverkehr eine sehr starke Bremsung notwendig ist und die Autofahrer sehr knapp auf den Radfahrer auf-fahren bzw. den Radfahrer mit viel zu geringem Sicherheitsabstand überholen. Wobei aufgrund der geringen Geschwindigkeit der Radfahrer leichter ins Schwanken gerät und eigentlich einen größeren Sicherheitsabstand bräuchte. Eine Gefährdung der Fußgänger dagegen ist nicht zu befürchten, da der Radfahrer wie, oben erwähnt, nicht viel schneller als Schrittgeschwindigkeit bergauf fährt. E-Biker und Rennradler, die bergauf schneller unterwegs sind, dürften bei der vorgeschlagenen Beschilderung weiterhin auf der Straße fahren. Radfahrer wären durch diese Maßnahme weniger gefährdet, der Autoverkehr könnte schneller fließen.
Schön wäre es noch, wenn das Linksabbiegen in die Schrankenstraße für die Rad-fahrer erleichtert werden könnte, da die Radfahrer ja der Radverkehrsbeschilderung (das Schild mit dem grünen Pfeil) folgen sollen.

Stellungnahme:

Aufgrund der Breite des bestehenden Gehweges kann der Radverkehr nicht für den Gehweg freigegeben werden. Es wäre evtl. zu prüfen, ob in diesem Bereich eine rot-markierte Radfahrerspur errichtet werden könnte. Inwieweit der Fahrradverkehr über die Schrankenstraße erfolgen kann, sollte mit der Gesamtproblematik mit dem Ver-kehrsausschuss und der PI Dachau gemeinsam erarbeitet werden. Die Radwegebe-schilderung mit einem eigenen Schild für den grünen Pfeil ist bereits seit Anfang 2020 am Kreuzungsbereich Schrankenstraße/Römerstraße angebracht.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Stellungnahme der Verwaltung gemeinsam mit dem Ver-kehrsausschuss und der PI Dachau abgeklärt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

- c) Münchner Straße/Eschenrieder Straße zwischen Am Kurfürstenweg und Kreuzkappel-lenstraße, insbesondere im Bereich der Autobahn/Gleisunterführung
- Weiterführung des Radweges oder einer anderen Maßnahme zur Erhöhung der Si-cherheit des Radverkehrs.
Begründung: Die Strecke ab Langwieder See zur Münchner Innenstadt ist für Radfahrer ideal ausgebaut. Diese Verbindung nach München führt über Fahrradstraßen, Radwege und Parks abseits von Autos schnell (mit wenig Ampeln) und sicher direkt bis zum Hauptbahnhof. Aber leider ist die Strecke zum Langwieder See extrem gefährlich. Auf-grund der Autobahn, der Seen und der Gleise ist der Radfahrer gezwungen zusammen mit den Autos die Münchner Straße zu benutzen. Da die Münchner Straße ein Auto-bahnzubringer ist, fahren besonders im Berufsverkehr sehr viele Autos, deren Fahrer es dann auch noch eilig haben. Insbesondere durch den Ausbau der A8 auf drei Spuren

und der damit erhöhten Staugefahr auf der Eschenrieder Spange versuchen viele Leute den Stau zu umfahren, so dass morgens oder abends mittlerweile ein sehr hohes Verkehrsaufkommen herrscht. Damit die Bergkirchener die gute Radverkehrsanbindung nach München ab dem Langwieder See auch wirklich nutzen könnten, wäre ein Radweg oder eine Maßnahme notwendig, um das Radfahren auf der Münchner Straße sicherer und auch angenehmer zu machen.

Stellungnahme:

Nachdem es sich um eine Kreisstraße handelt, wird das Anliegen der Tiefbauverwaltung des Landkreises Dachau mit der Bitte um Stellungnahme und weitere Veranlassung weitergeleitet. Siehe hierzu auch 4.c) zu diesem TOP.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, das Anliegen der Tiefbauverwaltung des Landkreises Dachau zur Stellungnahme bzw. weiteren Bearbeitung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

8. Eine Familie aus Neuhimmelreich wendet sich mit folgender Problematik:
Verkehrssituation in der Himmelreichstraße in Neuhimmelreich.
Begründung: leider ist die Verkehrssituation in der Himmelreichstraße aufgrund des fehlenden Gehweges und vieler zu schnell fahrender Verkehrsteilnehmer sehr unbefriedigend. Für besonders gefährlich halten wir dies im Bereich der Schulbushaltestelle, wo sich auch die Einmündung in die Seestraße befindet.
Folgende Situation: beim Abholen eines Schulkindes vom Schulbus hat der Busfahrer nicht ganz am rechten Straßenrand gehalten. Ein Motorradfahrer setzte zum Überholen an, allerdings auf der rechten Seite des Busses. Es ist Gott sei Dank nichts passiert. In den letzten Jahren wurde schon einiges getan um die Verkehrssituation zu entschärfen. So wurden auf der Himmelreichstraße zwei 50 km/h-Schilder, sowie zwei Hinweisschilder auf die Schulbushaltestelle aufgestellt. Ferner wurde in Tempo-Sys-Gerät installiert. Hin und wieder finden Radarmessungen statt.
Hier gilt ein besonderer Dank an Frau Glötzl. Leider bringt das alles nicht wirklich den gewünschten Erfolg. Bei manchen Autofahrern hat man das Gefühl, sie treten erst recht auf das Gas, wenn sie das Geschwindigkeitsmessgerät sehen. Besonders angespannt ist die Situation, wenn Anfang Oktober der Mais geerntet wird und die Erntefahrzeuge mit hoher Geschwindigkeit im Minutentakt die Straße befahren. Dann sollte man sich am besten gar nicht auf der Straße aufhalten.
Der Verkehrsschwerpunkt liegt morgens zwischen 06.00 Uhr und 09.00 Uhr und abends zwischen 16.00 Uhr und 19.00 Uhr.
Im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Handwerkerhofes ist mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen, sowohl während der Bauphase, als auch nach dem Bezug zu rechnen.
Vor diesem Hintergrund und damit sich auf der Straße Schulkinder, Spaziergänger, RadfahrerInnen und ReiterInnen einigermaßen sicherer fühlen können, regen wir an, eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h auf der ganzen Straße einzuführen. Besonders wichtig wäre diese Maßnahme im Bereich der Schulbushaltestelle.

Stellungnahme:

Es wird hier gemeinsam mit dem Verkehrsausschuss sowie der PI Dachau eine Ortsbesichtigung durchgeführt. Die Verwaltung wird eine höhere Anzahl der Überwachung des fließenden Verkehrs durchführen lassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass in diesem Bereich verstärkt der fließende Verkehr durch den beauftragten Zweckverband überprüft wird. Gleichzeitig soll der Verkehrsausschuss in seiner nächsten Sitzung die Situation vor Ort nochmals gemeinsam mit der PI Dachau besichtigen und dem Gemeinderat, falls möglich, einen Lösungsvorschlag zur weiteren Entscheidung unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

9. Ein Bürger aus Kreuzholzhausen fragt nach ob eine wechselseitige Nutzung der MVV-Buslinie 721 nach Palsweis und Kreuzholzhausen möglich ist.

Stellungnahme:

Die Anfrage ist an den ÖPNV des Landkreises Dachau sowie dem MVV weiterzuleiten.

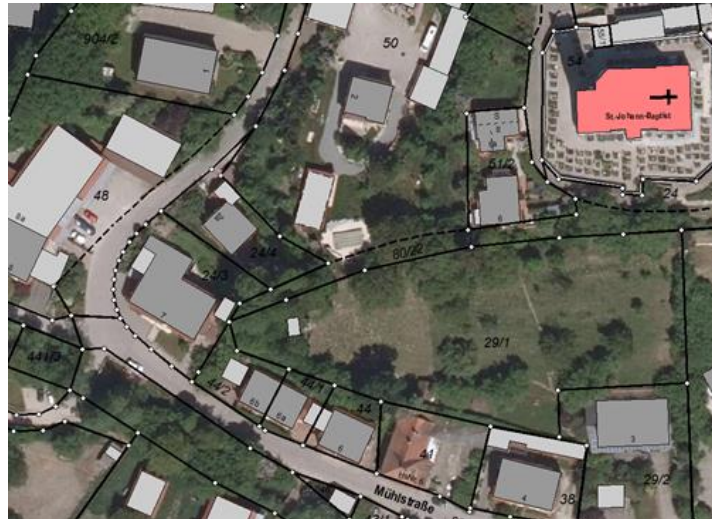
Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Anfrage an den ÖPNV des Landkreises Dachau mit der Bitte um bessere Einbindung des Gemeindeteils Kreuzholzhausen weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

10. Eine Bürgerin aus Bergkirchen beantragt, dass der Baumbestand auf dem gemeindlichen Grundstück Fl.Nr. 80/22 der Gemarkung Bergkirchen ausgeschnitten bzw. die Bäume entsprechend gefällt werden.



Der Bauhof hat in den vergangenen Wochen den Hohlweg an der Kreuzbergstraße mit Baumkletterer stark ausgeschnitten und verjüngt. Auf der Fl.Nr. 80/22 Gem. Bergkirchen sind aufgrund der topografischen Lage nur sehr schwerlich durchzuführen. Der meiste Baumbestand befindet sich vermutlich nicht auf dem gemeindlichen Grundstück.

Stellungnahme: Der Bauhof versucht diese Maßnahme über den Winter durchzuführen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis und beauftragt den Bauhof die Arbeiten soweit die Gemeinde hierfür zuständig ist zeitnah umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

11. Drei Bürger beklagen den Zustand der Allacher Straße.

Stellungnahme:

Für die Allacher Straße wurde bereits im Jahr 2018 eine Vorplanung zur Neuerrichtung mit Bodengutachten hinsichtlich Untergrundproblematik im Moos durch ein Ingenieurbüro erstellt. Die derzeitige Straßenbreite beträgt nur 3 m und ist ohne Bankett. Die Mindestbreite dieser Gemeindeverbindungsstraße muss mindestens 6,50 m zzgl. Bankett betragen, ebenso sind die beiden 90-Grad-Kurven zu bereinigen. Das Ingenieurbüro hat auch einen Grunderwerbsplan für die Gemeinde erstellt. Mit diesem Plan wurden die Grundstückseigentümer informiert und die Grundstücksverhandlungen eingeleitet. Die beiden hauptbetroffenen Grundstückseigentümer haben sich bisher bei der Gemeinde hinsichtlich eines Grundstückstausches bzw. einer Grundstückseinigung trotz mehrmaliger Nachfrage nicht gemeldet. Für weitere Grundstückserwerbe liegen Zusagen vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den 1. Vorsitzenden zu beauftragen mit den beiden hauptbetroffenen Grundstückseigentümern nochmals zu verhandeln und den Gemeinderat hierüber zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

12. Mehrere Bürger aus dem Bereich Neuhimmelreich fragen nach der künftigen Verkehrsbelastung durch den geplanten Handwerkerhof.

Stellungnahme:

Vermutlich werden sich im Handwerkerhof 6 bis 8 mittelständige Firmen ansiedeln. Inwieweit von einer größeren Verkehrsbelastung ausgegangen werden muss, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausgesagt werden. Grundsätzlich werden am Handwerkerhof keine Logistikfirmen angesiedelt, so dass sich der Verkehr in Grenzen halten sollte. Aufgrund des Planungsstandes lassen sich derzeit noch keine konkreten Aussagen treffen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

13. Ein Bürger aus Feldgeding fragt nach der Barrierefreiheit des Rathauses nach und schlägt vor, zumindest den Briefkasten vorerst mal barrierefrei zugänglich zu errichten.

Stellungnahme:

Aufgrund der Corona-Pandemie und den Auswirkungen wurde der Aus- und Umbau des Rathauses in diesem Jahr gestoppt. Es wird in den nächsten Wochen die Anbaumodelle des Aufzugs am Rathaus entschieden, nachdem das Brandschutzkonzept nun vorliegt. Bis zum gesetzlich vorgeschriebenen Termin im Jahr 2023 wird das Rathaus barrierefrei zugänglich sein, es wird mit Nachdruck daran gearbeitet. Ein Briefkasten wird barrierefrei in den nächsten Wochen am Rathaus angebracht.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Anfrage zur Kenntnis und beauftragt den 1. Vorsitzenden den barrierefreien Umbau des Rathauses schnellstmöglich voranzubringen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

14. Ein Bürger aus Deutenhausen fragt nach, wann der unterbrochene Gehweg zwischen Bruggerhaus und Apotheke durchgezogen wird.

Stellungnahme:

Der Grunderwerb konnte für dieses Teilstück bisher noch nicht gesichert werden. Allerdings ist der 1. Vorsitzende mit dem Grundstückseigentümer im Gespräch. Sobald der Grunderwerb gesichert ist, wird der Gehweg ausgebaut.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Anfrage zur Kenntnis. Der 1. Vorsitzende ist in diesem Punkt bereits tätig.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

15. Das Thema Straßenbau in Lauterbach, Prieler Straße, Kreisstraße DAH 5 beschäftigt ebenfalls mehrere Bürger.

Stellungnahme:

Für den Ausbau dieser Kreisstraße zeichnet sich die Tiefbauverwaltung des Landkreises Dachau verantwortlich. Nach Aussage der Tiefbauverwaltung des Landkreises Dachau ist die Ausbaumaßnahme zeitlich im Plan. Über die Wintermonate wird zumindest der Grobasphalt aufgebracht und die Durchfahrt wieder bis zum Baubeginn im Frühjahr 2021 geöffnet. Im Frühjahr 2021 wird dann das Teilstück bis zur Sparkasse am Kreuzungsbereich Palsweiser Straße ausgebaut, im Sommer bis in den Spätherbst dann der restliche Bereich bis zum Reinbold bzw. neuen Baugebiet. Geplant ist, dass der Umleitungsverkehr bei der Kreuzung Sparkasse über Palsweis zumindest einspurig möglich ist und die Baumaßnahme Ende 2021 fertig gestellt werden kann.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

Fortsetzungsblatt zur Niederschrift

öffentliche und teilweise nicht öffentliche Sitzung des Gemeinderates, Öffentlicher Teil
am 19.01.2021

Seite: 37

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

Beschluss:

Der Gemeinderat hat alle Anfragen, Anregungen und Anträge aus der Bürgerversammlung 2020 insoweit abgearbeitet. Der Verkehrsausschuss wird in seiner nächsten Sitzung die Anträge und Anregungen aus der Bürgerversammlung behandeln. Der Termin dieser Sitzung steht aufgrund der Corona-Pandemie noch nicht konkret fest.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

7. Corona-Virus - Elterngebühren Kindertagesstätten

Sachverhalt:

Aufgrund der erneuten Schließung der Kinderbetreuungseinrichtungen, welche durch die hochinfektiöse Covid-19-Erkrankung zustande gekommen ist, schlägt die Verwaltung vor, analog zu den Beschlüssen vom 1.4. und 2.6.2020 zu verfahren. Im vergangenen Jahr wurden die Gebühren für den kompletten Monat April erlassen und für die Monate Mai und Juni nur anteilig nach Anwesenheit der Kinder berechnet.

Konkret geht es um den Monat Januar 2021. Seit dem 11.1. ist keine Kinderbetreuung möglich, so dass die Eltern ab diesem Datum die Betreuung ihrer Kinder selbst regeln müssen.

Hierbei handelt es sich um folgende betroffenen Kinder:

Einrichtung	Anzahl der Kinder	Notfallbetreuung (Stand 11.1.2021)
Kinderhaus an der Maisach	79	15
Kinderhaus Regenbogen	126	40
Eulenhort	98	20

Auf Basis der gesamt betreuten Kinder, beträgt das Gebühren-Soll für den Monat Januar:

Einrichtung	Januar 2021 - Betreuungsgebühren
Kinderhaus an der Maisach	(bereinigt*) 2.175,00 Euro
Kinderhaus Regenbogen	(bereinigt*) 9.852,00 Euro
Eulenhort	10.706,00 Euro

*Das Ergebnis der Kinderhäuser ist bereinigt um den staatlichen Zuschuss für Kindergartenkinder in Höhe von monatlich 100,- Euro / Kind und beinhaltet somit die tatsächlichen Elternbeiträge.

Im vergangenen Jahr erhielt die Gemeinde Bergkirchen eine anteilige Kostenerstattung durch den Freistaat Bayern. In diesem Jahr wird es keine Kompensation obiger Gebührenauffälle geben. Insofern wird die Gemeinde Bergkirchen, sofern Gebührenauffälle beschlossen werden sollten, die entsprechenden Einnahmefälle selbständig tragen.

Nach derzeitiger Kenntnis gilt die Einschränkung bei den Kinderbetreuungseinrichtungen bis einschließlich zum 31. Januar d.J. Die Verwaltung geht aktuell davon aus, dass die Einrichtungen auch ab dem 1. Februar nur eingeschränkt öffnen dürfen.

Die Verwaltung empfiehlt in Anbetracht der derzeitigen Situation die Gebühren für den kompletten Monat Januar 2021 als Entgegenkommen für die Nichterbringung der Betreuungsdienstleistung ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung zu erlassen und nicht einzuziehen. Sollte es ab Februar d.J. weiterhin zu Einschränkungen kommen, empfiehlt die Verwaltung die regulären Gebühren weiterhin auszusetzen bis der Regelbetrieb wiederaufgenommen werden kann.

Die Inanspruchnahme von Verpflegungs-/Dienstleistungen für die sog. Notgruppen wird allerdings in Rechnung gestellt.

Die Abrechnung der Notfallbetreuung erfolgt analog zum bisher angewendeten Verfahren aus 2020.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, die Kinderbetriebsgebühren für den Monat Januar 2021 rückwirkend zu erstatten. Bis auf weiteres werden die Gebühren für die Notfallbetreuung im nach hinein belastet; sie belaufen sich prozentual gemäß den in Anspruch genommenen Betreuungstagen in Analogie zum bisherigen angewendeten Verfahren aus 2020.

Der Gemeinderat nimmt dementsprechende Mindereinnahmen für das Haushaltsjahr 2021 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

8. Festlegung der Sitzungstermine für das Jahr 2021

Sachverhalt:

Ende September 2020 wurden für die ersten Monate des Jahres 2021 Sitzungstermine vorgeschlagen.

Eine endgültige Festlegung der Sitzungstermine wird wie im Beschluss vorgelegt, vorgeschlagen:

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt folgende Sitzungstermine für das Jahr 2021

Grundsätzlich laut Geschäftsordnung für den Gemeinderat

- Gemeinderat: dienstags, Winterzeit 18.30 Uhr, Sommerzeit 19.00 Uhr Beginn:
- Bauausschuss: donnerstags, Beginn 18.30 Uhr

Sitzungstermine können vom 1. Vorsitzenden jederzeit geändert werden!

Monat – Jahr 2021	Gemeinderat	Bauausschuss
Januar	19. Januar 2021	21. Januar 2021
Februar	09. Februar 2021	11. Februar 2021
März	02. März 2021	04. März 2021
	23. März 2021	25. März 2021 (bei Bedarf)
April	20. April 2021	22. April 2021
Mai	18. Mai 2021	20. Mai 2021
Juni	15. Juni 2021	17. Juni 2021
Juli	13. Juli 2021	15. Juli 2021 (bei Bedarf)
	27. Juli 2021	29. Juli 2021
August	keine Sitzung	keine Sitzung
September	21. September 2021	16. September 2021
Oktober	12. Oktober 2021	14. Oktober 2021
	26. Oktober 2021	
November	16. November 2021	18. November 2021
	23. November 2021	
Dezember	14. Dezember 2021	16. Dezember 2021

Im Frühjahr 2021 können evtl. Sondersitzungen für geplante Bauleitplanungen noch zusätzlich geladen werden. Die Terminabsprache erfolgt kurzfristig.

Abstimmungsergebnis:

Anwesende:	20
Ja:	20
Nein:	0
Pers. beteiligt:	

9. Informationen des Ersten Bürgermeisters und Anfragen der Mitglieder des Gemeinderates

9.1. Fernwärme - EWG Kommunalunternehmen

Sachverhalt:

Der 1. Vorsitzende informierte den Gemeinderat über eine Berichterstattung in den Dachauer Nachrichten vom 18. Januar 2011:

**...vor 10 Jahren,
Dienstag, 18. Januar 2011:**
Bis jetzt haben sich rund
150 Haushalte in Feldge-
ding und Günding für einen
Fernwärmeanschluss ent-
schieden. Das reicht aber
noch nicht. Denn um die
Wirtschaftlichkeit zu ge-
währen, müssen es mindes-
tens 250 Hausanschlüsse
sein. Als „Erfolgsgeschich-
te“ und positives Beispiel
führt die Gemeinde die
Fernwärmeversorgung im
ganzen Gada-Gewerbege-
biet an.

und nach 10 Jahren im Januar 2021:

In Echtbetrieb:	354
Hausanschlüsse:	422
Anschlussleistung:	6.000 kW – über 6 MW(!)
Bezogene Wärme:	7.233 MW
Wärmelieferung:	4.370 MW
Trassenlänge:	rd. 29 km
Investition:	rd. 21 Mio. €

Der 1. Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und leitet auf den nichtöffentlichen Teil über.

Robert Axtner
Vorsitzender
Erster Bürgermeister

Siegfried Ketterl
Schriftführer